



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow

Ämtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow

Das Teltower Kreisblatt erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,60; durch Boten ins Haus gebracht RM. 1,85; durch die Post zugestellt RM. 1,96. — Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, Briefträger und unsere Nebenstellen im Kreise Teltow. — Anzeigen lt. auflegender Preisliste 15. — Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köhnowstr. 87. — Fernruf: B 2 Köhnow 0671. — Boten: Postfachkonto Berlin Nr. 24919. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Baldwin zur Rede des Führers Bedeutende Erklärungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Im Geist der Sympathie und Aufrichtigkeit

Die mit Spannung erwartete wehrtechnische Ansprache des englischen Unterhauses wurde am Mittwoch, nachmittags vor vollbesetztem Hause eröffnet. Schon vor Beginn der Sitzung fanden die Abgeordneten gruppenweise in den Wandelgängen und erörterten lebhaft die Reichstagsrede des Führers. Die Galerien für die Diplomaten, die Presse und die Zuschauer waren dicht gefüllt. Atemlose Spannung herrschte, als Englands stellvertretender Ministerpräsident, der konservative Parteiführer Baldwin, an das Redepult trat.

Baldwins Erklärung dauerte etwa eine Stunde und steigerte sich oft zu großen rednerischen Höhepunkten. Es machte einen tiefen Eindruck auf die Abgeordneten, daß die Rede durch einen verständlichen und großzügigen Geist gekennzeichnet war, wie er nur selten in den Ausführungen englischer Minister seit dem Weltkrieg zum Ausdruck gekommen ist.

Baldwin erklärte eingangs, daß es ihm gegenwärtig noch nicht möglich sei, die Reichstagsrede des Führers völlig zu beantworten. Jedoch wolle er diese früheste Gelegenheit zu einer Bezugnahme auf diese außerordentliche Erklärung benutzen. Baldwin versicherte in diesem Zusammenhang, daß die Rede des Kanzlers die grundliche und faire Prüfung durch die britische Regierung erfahren werde. Nächstes müsse werden, daß Hitler den deutschen Standpunkt in mehreren Richtungen von größter Bedeutung stärker präzisiert und in einer Reihe von Fragen angebeutet habe, was Deutschland zu tun bereit sei.

Wir sehen diese Erklärungen als sehr bedeutungsvoll an, so fuhr Baldwin fort. Sie verdienen es, von uns allen aufs ernste und schnellste geprüft zu werden. Die britische Regierung wird ihnen sofort ihre ganze Aufmerksamkeit in einem Geiste der Sympathie und der Aufrichtigkeit schenken.

Hitler, so betonte dann Baldwin weiter, hat erklärt, daß Deutschland beabsichtige, die deutschen Luftstreitkräfte auf den Stand der anderen Westmächte zu begrenzen. Das ist eine Befestigung der Grundlage, von der die britischen Luftpläne ausgingen. Sehr beachtlich sei nun Hitlers Hinweis darauf, daß die Grenze der Parität nicht nur festgelegt, sondern durch ein internationales Abkommen auch herabgesetzt werden könnte.

Seit dem englisch-französischen Kommuniqué vom 3. Februar habe sich die englische Regierung bemüht gezeigt, den vorgeschlagenen Luftpakt vorwärtszubringen. Sie sei zu sofortigen Verhandlungen bereit gewesen und habe dies gegenüber Italien, Belgien und Deutschland zum Ausdruck gebracht. Simon habe mit Hitler über eine derartige Konvention in Berlin gesprochen. Was Hitler jetzt gesagt habe, sei um so wertvoller, weil er seine Hoffnung durchblicken lasse, daß der Abschluß eines solchen Paktes durch vereinbarte Begrenzung verwirklicht werden könne. Darüber hinaus gibt es einen weiteren Punkt, dem die britische Regierung die größte Bedeutung beimeißelt. Es scheint uns, daß der Abschluß eines Luftpaktes mit einer Bemühung zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren von Angriffen aus der Luft verbunden werden könnte.

Und in der Rede Hitlers sind Stellen (Weisfall), die anzudeuten scheinen, daß Hitler diese Ansicht teilt (erneuter Weisfall). Wir begrüßen Hitlers Beitrag in dieser Angelegenheit als eine Stütze für eine allgemeine Regelung, die das Ziel des Londoner Protokolls war.

Wenn ich, so fuhr Baldwin fort, jetzt keine anderen Teile der Erklärung Hitlers berichte, in der er beispielsweise den Vertrag definiert, den Deutschland im Interesse einer größeren Sicherheit in Europa zu schließen gewillt ist, so nur deshalb, weil sie mit den Gegenständen nicht unmittelbar zu tun hat, die das Interesse in dieser Unterhausansprache in Anspruch nehmen.

Baldwin fuhr nun auf die englischen Aufrüstungspläne über,

die er mit einem mit großem Beifall aufgenommenen Appell an Unterhaus und Volk einleitete: Vermeidet jetzt Panikstimmung! Wir wollen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Jubel losbares Blut ist vergossen worden. Baldwin erklärte weiter, der Schleier, der über den Handlungen der drei autoritären Staaten Europas liege, sei in Deutschland zum Teil gelüftet worden. Man müsse der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Schleier gänzlich gelüftet werde und daß man frei und offen zueinander sprechen könne, was an Rüstungen vorläge. England s

Das Glück unserer Jugend



Ist das Glück unseres Volkes!

Kämpfe mit für deine Zukunft als Mitglied der D. D. W.

Luftaufrüstungsmaßnahmen würden auf die Erklärung Hitlers begründet, daß sein Ziel die Luftparität mit Frankreich sei.

England beabsichtige daher, seine Luftflotte auf 1500 Frontflugzeuge innerhalb von zwei Jahren zu erhöhen.

Der Luftpakt und die Begrenzung der Aufrüstungen seien, so fuhr Baldwin fort, viel leichter zu erzielen, wenn die drei Länder Deutschland, Frankreich und England vom selben Ausgangspunkt ausgingen, d. h. wenn die Luftparität aller drei Staaten vorhanden sei. Er glaube, daß Hitler das im Auge habe, als er sagte, Deutschland habe sein Bestes getan, um seinen Wunsch zu zeigen, einen unbeschränkten Rüstungswettlauf in der Welt zu vermeiden und seine Aufrüstungen auf die Parität mit den anderen westeuropäischen Mächten zu beschränken, was jedertzeit die Festlegung eines Höchstmaßes ermöglichen, das einzuhalten Deutschland sich dann verpflichten würde.

Baldwin fuhr dann fort: Er habe für die Unterhausitzung einen festlichen Redeentscheid in Vorbereitung gehalten. Dieses Manuskript aber habe er, wie er gesteht, zerissen, weil es sich nach einem Studium der in Berlin gehaltenen Rede als ungeeignet erwiesen habe. Er wolle daher seine Rede in einem anderen Ton enden.

„Ich hatte“, so schloß Baldwin, „Ausschau nach Sicht, wo immer ich es finden kann. Ich glaube, in der Rede, die Dienstagabend gehalten worden ist, einen Lichtblick zu erhaschen. Wir alle müssen versuchen, dieses Lichtes habhaft zu werden. Wir müssen einen neuen Entschluß fassen. Ich glaube, daß es uns sogar noch in erster Stunde gelingen werde, aus dieser Welt zu bannen, was für die Menschheit entsetzliches Grauen und furchtbarste Selbstverwüstung bedeuten würde.“ (Lauter Beifall.)

Eine Verordnung über das Erfassungsweesen

Das Wehrgesetz veröffentlicht

Berlin, 23. Mai.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 52 Teil I vom 22. Mai 1935 wird das Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 veröffentlicht, dessen Inhalt bereits bekannt geworden ist. Ferner enthält das Reichsgesetzblatt den Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht vom 22. Mai 1935, sowie den Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Übertragung des Wehrdienstrechts nach dem Wehrgesetz. Dieser Erlass, der ebenfalls das Datum des 22. Mai trägt, ermächtigt den Reichswehrminister und in den Fragen des Erlasswesens und der Wehrdienstübertragung den Reichsminister der Durchführung des Wehrgesetzes erforderliche Reichs- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Des Weiteren ist in dem Reichsgesetzblatt eine Verordnung über das Erfassungsweesen vom 22. Mai 1935 enthalten, durch die die Erfassung der Wehrpflichtigen eingehend geregelt wird. Danach wird das Erfassungsverfahren von den politischen Meldebehörden und von den Standesämtern durchgeführt. Das Verfahren der politischen Meldebehörde erfaßt die Dienstpflichtigen an ihrem Wohnort oder dauernden Aufenthalt, während das

Verfahren des Standesamtes die Dienstpflichtigen an dem Orte ihrer Geburt erfaßt und der Ergänzung des Verfahrens der politischen Meldebehörde dient. Die politische Meldebehörde legt an Hand ihrer Unterlagen (politische Meldehefte, Einwohnerlisten und dergl.) für jeden Dienstpflichtigen, der an dem festgelegten Stichtag in ihrem Bezirk Wohnort oder dauernden Aufenthalt hat, ein Verzeichniß an, das alle wichtigen Angaben über die Person des Dienstpflichtigen enthält. Das Standesamt führt die Geburtskartei nach dem Geburtsregister. In diese Kartei sind alle in das Geburtsregister des erfaßten Jahrganges eingetragenen Dienstpflichtigen aufzunehmen. In einzelnen enthält die Verordnung genaue Vorschriften über die Behandlung der einzelnen Formblätter, die für das Erfassungsverfahren und die Musterung der Dienstpflichtigen benötigt werden. Kopien der Formblätter sind dem Reichsgesetzblatt beigelegt. Eine Anlage I zum Reichsgesetzblatt Nr. 52 enthält ein Verzeichnis, in dem sämtliche zur Enttragung in die Formblätter zugelassenen Berufsbeziehungen aufgeführt sind.

Anlage 2 enthält die Wehrbezirkseinteilung für das Deutsche Reich mit Ausnahme der entmilitarisierten Zone, während Anlage 3 die Erlassbezirkseinteilung für die entmilitarisierte Zone des Deutschen Reiches angibt.